Debatte – Debatte

Leserbriefe geben die Meinung des jeweiligen Autors wider. Auf den Abdruck des Namens bei Leserbriefen kann nur in Ausnahmefällen verzichtet werden. Herausgeber und Redaktion sind nicht für den Inhalt der Briefe verantwortlich und behalten sich Ablehnung und Kürzung vor.

Man nennt das Demokratie

Lieber Herr Dick, die Argumentation in Ihrem jüngsten Kommentar klingt schon sehr mühselig konstruiert, um Ihrem Missfallen über demokratische Oppositionsarbeit in Bruchköbel Ausdruck zu verleihen. Der Bruchköbeler BürgerBund ist eine Freie Wählervereinigung, wie es Tausende in Deutschland gibt, und betreibt wie all diese aus dem Vereinszweck heraus natürlich kommunalpolitische Gestaltung des Gemeinwesens. Aber nicht jeder, der Politik betreibt, ist deswegen Partei. Der Parteibegriff ist im Parteiengesetz definiert. Freie Wählervereinigungen sind demnach nicht Parteien, sondern eingetragene oder nicht eingetragene Vereine. Der Bruchköbeler BürgerBund ist ein eingetragener Verein, womit schon klargestellt ist, dass er gar keine Partei sein kann. Aber um diese eigentlich uninteressante Unterscheidung, die als Aufhänger für den Kommentar herhalten musste, ging es ja eigentlich gar nicht. Wenn Sie diese einfache Wahrheit dann als „überheblich" diffamieren, wird die ganze Absicht Ihres Kommentares in einem Wort schon klar. „Man merkte die Absicht, und man ist verstimmt", Goethe. Dementsprechend ist dann auch der Rest des Kommentars inhaltlich reichlich daneben und in der Sache völlig falsch:

Der BBB „betreibt" keine Fraktion, und diese „nutzt auch nicht mehr Sitze aus, als ihr bei Wahlen zuerkannt wurden". Entsprechend der Verfassung und der hessischen Gemeindeordnung haben sich in der BBB-Fraktion wie in allen Gemeindevertretungen in Hessen diejenigen frei gewählten Volksvertreter zusammen gefunden, die gemeinsame politische Grundsätze vertreten und politische Ziele in der Programmatik verfolgen wollen. Dass es dabei auch zu Fraktionswechseln kommt, ist nach der hessischen Verfassung und dem Kommunalwahlgesetz nicht ungewöhnlich und ohne weiteres möglich. Wenn man einen solchen Vorgang politisch bewerten will, so spricht ja wohl schon der erste Anschein dafür, dass die verlassene Fraktion weniger attraktive Arbeit machen muss als die, in welche frei gewählte Volksvertreter eintreten. Ebenso so „beansprucht" der BBB natürlich keinen Sitz im Magistrat, sondern nach den Vorgaben der Verfassung und der Gemeindeordnung ist ein Bürger der Stadt auf Vorschlag der BBB Fraktion in den ehrenamtlichen Magistrat gewählt worden, weil er durch die Stadtverordnetenversammlung die entsprechenden Stimmen erhalten hat. Man nennt das Demokratie.

Das Ergebnis gefällt freilich nicht allen, wie offenbar Ihnen beispielsweise. Man muss aber damit leben, wenn man die Demokratie anderen Verfassungsformen wie der Diktatur vorzieht. Wenn es dann am Ende des Kommentars endlich einmal um eine sachliche Frage geht, haben Sie sogar recht: Es wird nicht einfach werden, die über 50 Millionen Euro Schulden, welche die Stadt Bruchköbel in den letzten Jahren angehäuft hat, abzutragen. Und natürlich haben auch wir keinen Königsweg parat, mit dem dies innerhalb eines Jahres möglich sein könnte. Aber Sie meinen doch, dass dieses Problem angegangen werden und in den nächsten Jahren gelöst werden muss, denn sonst hinterlassen wir diesen Schuldenberg künftigen Generationen. Dass dies kein gutes Ende nimmt, lehrt das Beispiel Griechenland. Das ist das, was wir als verantwortliche Politik verstehen, und wenn Sie wollen, können Sie es Parteipolitik nennen; eine Partei werden wir davon aber trotzdem nicht. Es bleibt das ungute Gefühl, dass Sie all dies schon wussten, bevor ich diesen Leserbrief geschrieben haben.

Christian Clauß, Bruchköbel

Wählerwille und BBB

Lieber Herr Claus, danke für Ihre engagierte Entgegnung auf meinen Kommentar („Die Nicht-Partei"). Auf der formalen Seite mögen Sie recht haben: Der BBB ist ein Verein, keine Partei. Aber ich bezweifele, dass es sich beim BBB um eine echte „Freie Wählervereinigung" handelt. Der BBB gründete sich im Jahr 2008 als Abspaltung aus der CDU. Man nahm damals ohne viel Federlesen die als Partei gewonnenen Vorteile mit hinüber in den „BBB" – nämlich die von der CDU gewonnenen Sitze im Parlament. Eine Vereinigung „freier" (also: unabhängiger) „Wähler" war das schon mal nicht. Erst später trat der BBB den echten „Freien Wählern" im Landkreis bei. Nach meinem Eindruck war das ein Schachzug ohne innere Überzeugung. Für die Wahlkämpfe der Freien Wähler im Kreis, Land, Bund hat man den Vorstand des BBB seither nicht wirklich sichtbar eintreten sehen. Darüber hinaus ist auch die Selbstdarstellung des BBB als spezifisch „christliche" Wählervereinigung überhaupt nicht typisch für Freie Wähler. Im Fall des BBB übrigens mit einem Hang zu missionarischer Schulmeisterei – was mir als Christ in einer kleinen Stadt denn auch irgendwie aufdringlich anmutet, aber vielleicht bin ich da ja auch zu sensibel.

Grundsätzlich kritikwürdig finde ich aber den Umgang des BBB mit Wahlentscheidungen des Bürgers. Die Fraktion des BBB im Parlament hat derzeit mit 7 Sitzen einen Umfang, die der Wähler dem BBB nie zugestanden hat. Zwar ist vielleicht noch akzeptabel, dass mal ein oder zwei Stadtverordnete die Plätze wechseln. Das kommt in den besten Parlamenten vor. Im Fall des BBB kann man aber von einer Methode sprechen. Der BBB startete 2008 mit 6 Überläufern aus der CDU, die kein einziger Wähler für einen „BBB" ins Parlament gewählt hatte. Bald kamen noch zwei weitere hinzu. Hernach eine Person aus der SPD. Das waren 9 Sitze für einen „BBB", alle ohne das Mandat des Bürgers. Mit der Wahl 2011 korrigierten die Wähler diese Zahl auf 5 herunter. Schon im Folgejahr eignete sich der BBB erneut zwei fremde Sitze an, die der Wähler einer anderen Partei zugedacht hatte. Der Eindruck, dass sich die BBB-Fraktion systematisch als „Hafen" für Unzufriedene aus anderen Lagern anbietet, ist da nicht von der Hand zu weisen. So ein Verhalten missachtet aber den Willen der Wähler, und befördert damit auch Politikverdrossenheit.

Ein letztes noch: Sprache ist mitunter verräterisch. Sie sagen, Sie sehen sich als „Opposition". Obwohl doch gar keine Partei oder Koalition im Parlament eine Mehrheit hat. Gegen wen also opponieren Sie? Leider ist das nicht schwer zu erraten. Ich vermute aber, dass Ihre „Oppositionsarbeit" gegen den Bürgermeister, gegen die Verwaltung der Stadt, dem eigentlichen Geist der Hessischen Gemeindeordnung widerspricht.

Jürgen Dick, Bruchköbel

Christian Clauß
Tel.: 0157- 31962899